

DEMOKRATIE DYNAMISCH

Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde

**Demokratische Defizite im
Lichte der Wirtschaft und
der Finanzkrise**

M. Mag. Philipp Jurschitz
lairdphilipp@chello.at

Link:

<http://www.braumueller.at/shop/catalog/images/material/1647.pdf?osCsid=77853b724e9f9c648acdbefd5659ba97>

Zukunftsmusik?

"The economics of the future are somewhat different. You see, money doesn't exist in the 24th Century (...) The acquisition of wealth is no longer the driving force in our lives. We work to better ourselves and the rest of humanity"

I. Prinzipien der Demokratie

- demokratische, republikanische, bundesstaatliche, rechtsstaatliche, gewaltenteilende und liberale Prinzipien
- Volkssouveränität
- Verfassung
- Grundrechte (Sozialrechte)
- Mediensystem
- verschiedene Kontrolleinrichtungen

II. Zur Begründung von Demokratie, oder: warum Demokratie?

- Athische Demokratien
- Liberale Klassiker (normative Demokratietheorien)
- Empirische (realistische) Demokratietheorien
- Deliberative Demokratietheorien
- Dynamische Demokratietheorien

1. Athische Demokratien (das Griechentum)

- *Aristoteles* (384-322 v. Chr.)
- *Perikles* (500-429 v. Chr.)
- römischen Republik „Res Publica“ (510-27 v. Chr.)

2. Liberale Klassiker (normative Demokratietheorien)

- *Immanuel Kant (1724-1804)*
- *Jean-Jacques Rousseau (1712-1778)*
- *John Stuart Mill (1806-1873)*
- *John Locke (1632-1704)*
- *Autoren der Federalist Papers, Alexander Hamilton, John Jay, James Madison*

3. Empirische (realistische) Demokratietheorien

- *Josef Schumpeter* (1883-1950)
- *Anthony Downs* (*1930)
- *Robert Dahl* (*1915)

4. Deliberative Demokratietheorien

- *Jürgen Habermas*
- *James S. Fishkin*
- *Seyla Benhabib*

5. Dynamische Demokratietheorien

- „partizipatorische Demokratie“ (*Bachrach*)
- „starke Demokratie“ (*Barber*)
- „Humanisierung u. praktische Demokratie“ (*Vilmar & Weber*)
- „umfassende Demokratie“ (*Fotopoulos*)
- „dynamische Demokratie“ (*Pelinka*)

Spannungsfelder der Demokratie

- enge oder weite Begriffsdefinition von Dem.?
- Breite des Wahlrechts: wer wählt?
- Sphäre der Wahl: wo wird gewählt?
- direkt oder indirekt?
- Verwirtschaftlichung der Demokratie
- Entmachtung des Nationalstaates
- Eliten- und Oligarchieprobleme
- Entfremdung
- demokratische Systeme selbst
- Rolle der Medien

Warum mehr Demokratie?

- Normatives Interesse der Extensivierung von Demokratie auf alle gesellschaftlichen auch nicht-politischen Bereiche
- die Demokratisierung des Undemokratischen
- stärkere Partizipation von Nicht-Eliten, weil die Bedürfnisse von „oben“ für „unten“ schwer bis kaum erfasst werden können
- stärkere Partizipation von Nicht-Eliten zur Aufhebung der Eliten-Massen Dichotomie
- Daraus ergeben sich nicht nur die Reduktion des Abstandes zwischen „oben“ und „unten“ sondern auch die Reduktion der Entfremdung
- Analyse und Beseitigung jeglicher unterminierender Prozesse der Entdemokratisierung, die das Scheitern von bestehenden Demokratien erklären können

Warum mehr Demokratie?

- Selbstbestimmung (Selbstorganisation) der Massen zur Selbstentwicklung als Sozialisationsprozess und Schaffung einer Art kollektiven (solidarischen) Bewusstseins bei gleichzeitiger Konfliktorientierung
- Damit ist ein Bewusstsein für das Gemeinwesen gemeint, in dem Abhängigkeiten von anderen erkannt, berücksichtigt und positiv genützt werden sollen
- Allgemeine pragmatische und positive Effekte der Demokratisierung insbesondere im Rahmen kapitalistischer Strukturen und darüber hinaus ein Psychohygieneeffekt trotz Konfliktpunkten, weil Konflikte kanalisiert werden
- Demokratie ist ein Ordnungsprinzip und dient der Organisation und Ausweitung egalitärer Prinzipien

Warum mehr Demokratie?

- Die Beschränkungen durch die Ordnung und das dadurch generierte Machtgefälle sind auf ein gerade notwendiges funktionales Maß zu beschränken
- Demokratie wird nicht per se als Entscheidungs- und Legitimierungsmethode verstanden, sondern stets als besondere Form der Vergesellschaftung, mit erzieherisch-pädagogischen Funktionen als übergeordnetes Ziel zur Sozialisation
- Demokratie erfährt einen Wandel von reiner Methode hin zu einem prozesshaften Ziel und ist als solche die Begründung von sich selbst: Demokratie der Demokratie wegen aufgrund lebensbejahender Resultate!

Bereiche der Demokratisierung

1. Politik
2. Wirtschaft
3. gesellschaftlich-kultureller Bereich
4. ökologischer Bereich

III. Demokratie und Wirtschaft

- individuelle Freiheitsrechte vs. Eigentumsrechte der Kapitaleigner
- Bedeutungsrückgang des Staates vs. Bedeutungssteigerung nicht-staatlicher Akteure
- Transformation ökonomischen Denkens in andere Bereiche
- Postulat der Eigenlogik des Marktes
- wirtschaftliches Gewinnstreben um jeden Preis
- Demokratien richten sich nach dem Diktat des Marktes

1. Argumente für Demokratie in der Wirtschaft

- Effizienzargument
- Vereinbarkeitsargument
- Dezentralisierungsargument
- Macht- und Kontrollargument
- Funktionsargument
- Syntheseargument
- Verantwortungsargument
- Defizitargument
- Demokratieargument: politische Globalisierung

2. Politische Globalisierung

- gerechte Verteilung von Globalisierung auf unterschiedliche Staaten (Ost-West, Nord-Süd, innerhalb der EU)
- Kooperation der westlichen Demokratien zur Schaffung eines annähernden Konsensus über Globalisierung
- Demokratisierung muss auf internationaler Ebene (WTO, Weltbank, Konzerne usw.) erfolgen
- Einbindung von weniger entwickelten Demokratien
- Erhöhung des Bildungsinventars auf allen Ebenen, insbesondere zur zivilgesellschaftlichen Formation
- Aus- und Weiterbildung zur Etablierung einer Zivilgesellschaft
- politische Kontrolle zum Schutz undemokratischer Arbeitsbedingungen und zur Regulation des Marktes
- Wählen und Regieren auf der jeweiligen Ebene

3. Strategien der Demokratisierung in der Wirtschaft

- öffentliche Kontrolle
- autonome SV (Genossenschaftsunternehmen)
- partielle Kontrolle
- Humanisierung der Arbeit durch Job-Rotation, Job-Enlargement, Job-Enrichment, TAG, Pausenregelungen usw.
- uneingeschränkte Informations- und Mitspracherechte
- faire Distribution von Arbeit (Red. d. Überstunden)
- „Whistleblowing“
- BürgerInnenstatus im Unternehmen (ZG)

4. Die ideale Zivilgesellschaft

- inklusives Moment
- extensives Moment
- informatives Öffentlichkeitsmoment
- Machtmoment
- Kontrollmoment
- wirtschaftliches Moment
- Globalisierungsmoment
- exklusives Moment
- Wertemoment
- Pluralitätsmoment
- Rechtsmoment

5. Bürgerethos, Bürgersinn u. Bürgerstatus (Wirtschafts- und Organisationsbürger)

- Menschenrechte und Grundrechte
- Bsp. Freiheitsrechte (Recht auf Leben, GR auf Eigentumsfreiheit, GR auf Erwerbsfreiheit)
Gleichheitsrechte, politische GR,
Verfahrensgarantien, **soz. GR**
- Persönlichkeitsrechte, Staatsbürgerrechte und Sozial- bzw. Wirtschaftsbürgerrechte
- Konfliktpunkt der Sozialrechte

6. Wirkungsweise von Wirtschaftsbürgerrechten (WBR)

STAATLICH:

- **status negativus** (Schutz vor staatlichen Eingriffen)
- **status positivus** (Anspruch auf Leistungen des Staates, Beseitigung rechtswidriger Eingriffe)
- **status passivus** (Bürger Adressat staatlicher Anordnung mit Bewusstsein für Pflichten zum Gemeinwohl wie Abgaben)
- **status activus** (Staat kann nur durch Organe handeln und Bürger hat Recht auf demokratische Willensbildung)

6. Wirkungsweise von WBR

WIRTSCHAFTLICH:

- **status negativus** (Schutz vor Eingriffen oder Zwängen der Wirtschaft, Arbeitgeber)
- **status positivus** (Anspruch auf Leistungen der Wirtschaft Bsp. Fortbildung, Kinderbetreuung, Unterlassung von Eingriffen)
- **status passivus** (Bürger Adressat staatl. Anordnungen mit moral. Pflicht zur Arbeit)
- **status activus** (Wirtschaft kann nur durch Organe handeln, Bürger hat Recht auf demokratisch Partizipation in Betrieben, Org., Konzernen)

7. Problem und Voraussetzung zur Setzung von WBR

WIRTSCHAFTLICH:

- faire Distribution von Arbeit
- faire Distribution des Kapitals
- Menschen vor Geld und Wirtschaftswachstum
- starke und stabile Ökonomie

7. Problem und Voraussetzung zur Setzung von WBR

GESELLSCHAFTLICH:

- Kollektivismus vor Individualismus
- zivilgesellschaftliche Emanzipation
- politische Emanzipation

7. Problem und Voraussetzung zur Setzung von WBR

RECHTLICH:

- Transformation der Rechtsidee in einen juristischen Prozess
- Aufhebung des Spannungsverhältnisses sozialer Grundrechte zu Freiheitsrechten

8. Zur Utopie der demokratischen Organisation

- unterschiedliche Zielvorstellungen von Demokratie
- fehlende Transformierbarkeit der Prinzipien der Demokratie
- Stichwort „innere Demokratie“ (*Pernthaler*)
- Wachstums- oder Tod-Ideologie

IV. Zum Einfluss des Ökonomischen auf das Politische

- kurzlebige Strategien der Wirtschaft in das Politische transformiert
- wirtschaftliches Denken findet im Politischen Anwendung
- Ausrichtung der Themen nach Wahrscheinlichkeit der Medienpräsenz
- Inszenierung und Pseudoereignisse
- Erlebnislandschaft und Erlebnisdemokratie

IV. Zum Einfluss des Ökonomischen auf das Politische

- Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft ist rückläufig
- Staat ist als Entscheidungsmacht hinter andere Akteure gerutscht
- Aufgabe der Lösung sozialer Fragen
- Politik von Links und Rechts gleichen sich an
- Demokratien beruhen auf wirtschaftl. Wohlstand

IV. Zum Einfluss des Ökonomischen auf das Politische

- hegemonialer Anspruch einer wirtschaftlichen Orientierung
- Demokratie wurde zu einem marktkonformen Exportartikel
- Privatisierungstendenzen (Söldner)
- Unterscheidung zw. Grenze Staat vs. Markt kann zusammenfallen
- undurchsichtige Formen des Beratens

IV. Zum Einfluss des Ökonomischen auf das Politische

- Reduktion von Freiheit zugunsten der Sicherheit
- traditionelles Demokratieverständnis löst sich auf
- Werteverchiebung zu Individualismus, Konsumismus und Gewinnstreben
- neue Logik der Demokratie
- politische Beteiligungsmöglichkeiten sinken
- programm- und profillose Politik
- hohe Lebenszufriedenheit und sinkende Wahlbeteiligung
- usw.

V. Reformvorschläge zur Demokratie

1. ALLGEMEIN:

- „Bottom-up“ Prozesse
- horizontale Prozesse
- „Top-down“ Prozesse

V. Reformvorschläge zur Demokratie

2. KONKRET:

- Wahlsystem
- Direktwahl der Exekutivspitze
- Term Limits
- Aufhebung des Fraktionszwangs
- Parteifinanzierung und Politikergehälter
- Korruption
- Vorwahlen

V. Reformvorschläge zur Demokratie

3. ÖSTERREICH:

- politischer Wettbewerb
- Parlamentarismus
- Politische Partizipation
- genderpolitische Aspekte
- Erwachsenenbildung

D. *Campbell C. Schaller* (2002): **Demokratiequalität in Österreich**. Zustand und Entwicklungsperspektiven, Verlag Leske und Budrich

4. Föderalismus

- Begriffsdefinition im engeren und weiteren Sinne
- Subsidiaritätsprinzip (idealerweise, praktischerweise, typischerweise)
- Zentrifugalität vs. Zentripetalität
- kooperativ und kompetitiv
- Konflikt-Regulationsinstrument (je nach Machtverteilung)

Der Einheitsstaat

VORTEILE:

- kennt nur eine Verfassung
- Kompetenzschwergewicht im Zentrum
- Rechtshomogenität und Effizienzsteigerung
- reaktionsschnelle und straffe Verwaltung
- Gleichbehandlung der StaatsbürgerInnen
- ordnende Einheitlichkeit vor unnötiger Uneinheitlichkeit
- Existenz einer einheitlichen Stimme im Außenverhältnis
- ständiges Austarieren von einzelnen Gliedern bleibt aus
- Entscheidungsbefugnis liegt bei eventuellen Unstimmigkeiten im Zentrum
- mehr Ordnung

NACHTEILE:

- Regionen sind kaum an der Willensbildung beteiligt
- wenig Mitwirkungsrechte der Regionen
- fehlende Rechtsgestaltung der Regionen
- Gefahr des unterschwelligen Spannungsverhältnisses der Regionen im Verhältnis zum Einheitsstaat
- Problem der fehlenden Konfliktkanalisierung
- unzureichende strukturelle Voraussetzungen zur Konfliktlösung auf verschiedenen Ebenen
- Vernachlässigung von Minderheiten
- mangelnder Pluralismus
- Konflikte bleiben unter der Oberfläche
- scheinbare Effizienz kann sich durch notwendige Nachverhandlungen in Ineffizienz wandeln
- weniger Wettbewerb
- weniger Demokratie

Der Bundesstaat

- separate Verfassung für Bund und Glieder
- Kompetenzaufteilung zwischen „oben“ und „unten“ je nach Notwendigkeit variabel
- Rechtssetzung auf Glieder ausgeweitet
- ausgewogene Machtverteilung
- Mitwirkung der Glieder an Willensbildung des Bundes möglich
- Minderheitenschutz besser gewährleistet
- BürgerInnennähe an lokale Agenden adaptiert
- mehr Wettbewerb
- mehr Überschaubarkeit des Lebensraumes
- mehr Führungsalternativen
- mehr Demokratie
- mehr Innovation
- höhere Aufgabennähe durch dezentrale Problemlösungen
- unterschiedliche gesellschaftliche Verhältnisse berücksichtigbar
- erweiterte Gewaltenteilung
- Vollzug auf Gliedstaaten delegierbar
- Identifikation der BürgerInnen mit der jeweiligen Ebene
- wechselseitige horizontale und vertikale Kontrolle
- Balance zwischen Kooperation und Konkurrenz
- Rechtsheterogenität
- Politisierung des Lebensraumes und Überbelastung der Glieder
- Ineffizienz
- Uneinigkeit der Glieder in gesamtstaatlichen Inhalten
- wechselseitige Hemmung durch Glieder
- Kapazitäten der Glieder können überschritten werden
- Komplexitätserhöhung aufgrund unterschiedlicher Entscheidungszentren, Organe und wechselseitiger Kontrollmechanismen, die hemmend wirken
- ungerechte Finanzaufteilung möglich, weil sich reiche Glieder und Gemeinden aufgrund wirtschaftlich vorteilhafter Rahmenbedingungen entwickeln können
- zeitintensiv aufgrund des Zusammenspiels verschiedener Interessengemeinschaften und politischer Organe
- finanzieller Aufwand aufgrund einzelner Parlamente, Regierungen und Verwaltungen
- einzelne Glieder können sich aus Protest „querlegen“
- politische Heterogenität im Kontext wirtschaftlicher Homogenität
- Vorteile können sich in Nachteile wandeln

Zur Bewertung des Österreichischen Föderalismus

BUND:

- Inneres (Landesverteidigung, Staatsbürgerschaft, Einwanderung)
- Wirtschaft (Außenhandel, Bankwesen, Versicherungswesen)
- Höhere Schulen
- Wissenschaften
- Soziales (Arbeitslosenversicherung, Sozialversicherung, Pensionen)
- Verkehr und Kommunikation (Eisenbahn, Luftfahrt, Telekommunikation, Fernsehen und Rundfunk)
- Strafrecht
- Zivilrecht

Zur Bewertung des Österreichischen Föderalismus

LAND:

- Soziales (soziale Dienstleistungen)

GETEILTE AUFGABENBEREICHE:

- Außenbeziehungen
- Gesundheitswesen (Spitäler und Sanitätswesen)
- Pflichtschulen
- Verkehr und Kommunikation (Straßen)
- Landwirtschaft
- Umweltschutz
- Gemeinderecht

(Quelle: Bußjäger 2003)

Zur Bewertung des Österreichischen Föderalismus

Klassifikation nach Dezentralisierungsgrad:

- **föderal und dezentralisiert** (Schweiz, Australien, Belgien)
- **föderal und zentralisiert** (Österreich, Indien, Venezuela) sowie
- **semiföderal** (Spanien)

Lijphardt (1999): Patterns of Democracy

Zur Bewertung des Österreichischen Föderalismus

- Pflegen von Partikularinteressen wird mit Bürgernähe verwechselt
- lokale Machtausübung und Narzissmus anstelle von Autonomie
- Geld wird verteilt (nicht verdient) + Posten besetzt
- 5,5% des BIP für Subventionen/Investitionszuschüsse (EU-Schnitt 2,5%)
- 200 Vorschläge bei Administration 1 Milliarde € einzusparen
- 5 Mio € Einsparpotential laut RH Präs. Fiedler
- Gesundheitssystem stark verflochten und Leistungen doppelt
- Ineffizienz der Schulen bei hohen Ausgaben vergl. mit OECD-Schnitt
- Verfassung ist ein Flickwerk aus 1000 Bestimmungen und 85 Novellierungen
- letzte Verfassungsreform 1929
- Gemeinde, Lande, Bund, EU

Föderalismus und Demokratie:

- Das **Verfassungsprinzip** des **Föderalismus** dient dem Ausgleich territorial organisierter Interessen aufgrund einer rechtlichen Grundlage.
- Als **Entscheidungsmethode** regelt **Demokratie** Konflikte zwischen gesellschaftlichen Sektoren und deren Funktionen.
- Als **Strukturelement** des politischen Systems betrifft **Demokratie** die Beziehung zwischen **Regierenden** und **Regierten**.
- Die **föderative Organisation** bezieht sich auf die Beziehung zwischen **Völkern** und **Regierenden** unterschiedlicher Gebietseinheiten.

Föderalismus und Demokratie:

Normative Föderalismustheorien:

„Er sichere die Freiheit durch Gewaltenteilung,

- erweitere die Wahlmöglichkeiten der BürgerInnen,
- ermögliche durch das Subsidiaritätsprinzip die Selbstbestimmung in kleinen Gemeinschaften
- und schütze regional konzentrierte Minderheiten“
(Benz, in: Offe 2003, S. 169).

Föderalismus und Thermodynamik

- Faktor Raum + Dichotomie
- 1. HS d. Thermodynamik: Die Summe der Energien, die ein thermodynamisches System durch Wechselwirkungen mit seiner Umgebung austauscht, bleibt erhalten (*Mayer, Helmholtz und Joule*)
- ein thermodynamisches System stellt einen Speicher für Energie dar
- Analogie „Lösung von Konflikten“
- Analogie zum politischen System und Konfliktenenergien?

Föderalismus und Thermodynamik

- Machtungleichgewicht (Symptombehandlung)
- Machtgleichgewicht (Ursachenbehandlung)
- Bundesstaat vs. Einheitsstaat
- territoriale und kulturelle Dichotomie

Föderalismus und direkte Demokratie

- Volksbegehren, Volksabstimmung, Volksbefragung, Demoskopie, Mitwirkung an Verwaltungsverfahren, BürgerInnenbeteiligung –initiativen
- semidirekt und politisch unvollendet
- zur Verbindung von indirekt und direkt
- **Warum direkte Demokratie???**

VI. Hypothesen

WERTE UND GEMEINSCHAFT:

- Individualismus, Konsumismus, Finanzoligarchen, Militärdiktatoren und der Verlust der Solidarität sind konspirierende Variablen am Weg zur Aushöhlung der Demokratie.
- Das Fetischcharakter unserer „Ding- und Warenwelt“ ersetzt Religion, sozialen Zusammenhalt, Demokratie und den Kitt der Menschheit.
- Demokratie benötigt einen gewissen Fetischismus, der Fetischismus jedoch keine Demokratie.
- Die Evaluations-, Leistungs- oder Konsumgesellschaft ist eine vorübergehende Erscheinung. Offen bleibt jedoch, was danach sein wird und was Werte jenseits einer S-Klasse sind.

VI. Hypothesen

DEMOKRATIE UND WIRTSCHAFT:

- Jene, die die Werte der Demokratie verteidigen, verteidigen sie als Regierungsform, die am besten auf die Macht des freien Marktes abgestimmt ist.
- Das Funktionieren unserer Demokratie basiert auf dem Funktionieren der Wirtschaft. Wenn diese zusammenbricht...
- Die weltweite Finanzkrise wird in einer Rezession münden. Ein „soft-landing“ wird nicht mehr möglich sein. Nach dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft, wird es zu einer relativen Neuordnung des Wirtschaftssystems kommen. Im Zentrum können die politische Globalisierung, eine „mixed-economy“, öffentliche Kontrolle, Selbstverwaltung und partielle Kontrolle stehen.

VI. Hypothesen

DEMOKRATIE UND WIRTSCHAFT:

- Unser zukünftigen Themen werden eine Völkerwanderung, das Kämpfen um den Abbau des Sozialsystems, Immigration, Reformen der Beschäftigungsgesetze und unsere Ausbildungssysteme sein, die einzig der Marktlogik folgen.
- So lange politisches Handeln nach der Wirtschaft ausgerichtet ist bewegen wir uns auf der Ebene der Symptombehandlung. Konjunkturmaßnahmen, Wirtschaftsförderungsprojekte und dergleichen stoßen in einem endlichen System an ihre Grenze.
- Bei Demokratisierungsvorhaben geht es nicht um Ideale sondern stets um ökonomische Interessen (Energie, Krieg als Wirtschaftsmotor, Vormachtstellungen)

VI. Hypothesen

STATUS UND ZUKUNFT DER DEMOKRATIE:

- Der Staat hat den Glauben verloren, öffentliche Angelegenheiten anders zu regeln als es der Markt tut. Die Aufgabe für politische Eliten, soziale Fragen zu lösen ist in den Hintergrund gerückt.
- Wenn die BürgerInnen mit dem Diktat der Wirtschaft unzufrieden sind, müssten sie für die Stärkung der EU sein. Eine wesentliche Rolle spielt die nationale und populistische Boulevardpresse und Politik.
- Wenn die Verbindung zwischen Staat und Bevölkerung noch schwächer wird, dann wird Demokratie zu Worthülse und der Souverän ein prozedurales Anhängsel.

VI. Hypothesen

STATUS UND ZUKUNFT DER DEMOKRATIE:

- Das traditionelle Demokratieverständnis erfährt einen Wandel. NATO-Bündnisse gehen über eine gemeinsame Außenpolitik mit den EU-Staaten (Bündnisse zwischen USA und GB im Irakkrieg, diverse „geheime“ Straflager aus dem Irakkrieg, Amerikanischen Raketenabwehrsystemen auf EU-Territorium).
- Die Frage nach dem Sinn und Zweck der Demokratie führt uns zu eine tieferen Bedeutung von Demokratie zurück.
- Wir werden nicht zum Ursprung der Demokratie zurückfinden. Unversucht lassen sollten wir es dennoch nicht!!!

VII. Zum Autor:

Philipp Jurschitz ist **Psychologe, Politikwissenschaftler und akademischer Kommunikationsberater.**

Er lebt und arbeitet in Innsbruck für das Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit. Zuvor war er in der Politikberatung tätig.

Seine **Forschungs- und Interessenschwerpunkte** in der Psychologie sind psychisches Leiden im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Bedingungen und die Arbeits- und Organisationspsychologie.

Seine **Leidenschaft ist jedoch die Politikwissenschaft** und die Demokratietheorie, stets vor dem Hintergrund eines solidarischen Miteinanders und der Selbstbestimmung.

VIII. Demokratie Dynamisch

Demokratie ist die Dynamik der Veränderung und sie ist zivilgesellschaftliche Aktivität. Der Prozess der Demokratisierung stellt eine Machtabgabe nach "unten" dar und ist idealerweise in vier verwobenen Bereichen zu finden: dem Politischen, dem Wirtschaftlichen, dem Gesellschaftlich-kulturellen und dem Ökologischen.

Link zum Buch: **Demokratie dynamisch**

Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde :

<http://www.braumueller.at/shop/catalog/images/material/1647.pdf?osCsId=77853b724e9f9c648acdbefd5659ba97>